



Europäische Dimensionen der Flüchtlingskrise | 07.2016

Fakten zur Europäischen Dimension von Flucht und Asyl: JORDANIEN

Jordanien hat Erfahrung mit Flüchtlingen. Trotzdem belasten die Geflüchteten aus Syrien das ressourcenarme Land sehr. Verwaltung und Zivilgesellschaft verhindern große Not. Jetzt werden nachhaltige Projekte gebraucht. Europa hilft mit viel Geld, doch notwendige soziale, ökonomische und politische Reformen bleiben aus.

Überblick

Bevölkerungsstruktur

| | |
|-----------------------------|---|
| Bevölkerung | 6,7 Mio. ¹ |
| Wachstumsrate | 5,3 % ¹ (durchschnittlich ggü. Zensus 2004) |
| Ethnische Gruppen | 98 % Araber (ca. 50 % palästinensischen Ursprungs), tscherkessische und armenische Minderheiten |
| Sprachen | Arabisch (Amtssprache), Englisch, Minderheitensprachen |
| Religionen und Konfessionen | 98,4 % Muslime (davon 98 % Sunniten, 2 % Schiiten), 1,5 % Christen, kleine Anzahl Drusen u.a. |
| Medianalter (EU) | 22 Jahre (42,2 Jahre) |

Wirtschaft & Beschäftigung

| | | |
|---------------------------------------|--------------------------|---|
| BIP (pro Kopf) | US\$37,5 Mrd. (\$5.590) | ↗ |
| BIP Wachstumsrate | 2,4 % | ↘ |
| BNE bei KKP (pro Kopf) | US\$81,6 Mrd. (\$10.740) | ↗ |
| Inflationsrate (VPI) | 1,2 % | ↘ |
| Arbeitslosenquote | 12,5 % | ↗ |
| Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) | 28,8 % ² | ↘ |
| FDI (Zuflüsse) Anteil EU-28 | US\$1,3 Mrd. k.A. | ↘ |
| Güterimporte Anteil EU | €18,2 Mrd. 21,6 % | ↗ |
| Güterexporte Anteil EU | €6,1 Mrd. 21,0 % | ↗ |
| Rücküberweisungen | US\$3,8 Mrd. | ↗ |

(Alle Zahlen 2015, sofern nicht anders ausgewiesen; ¹Vorabergebnisse des offiziellen Zensus 2015; ²2014; Pfeile = Trend ggü. Vorjahr)

Politisches System & Verhältnis zur EU

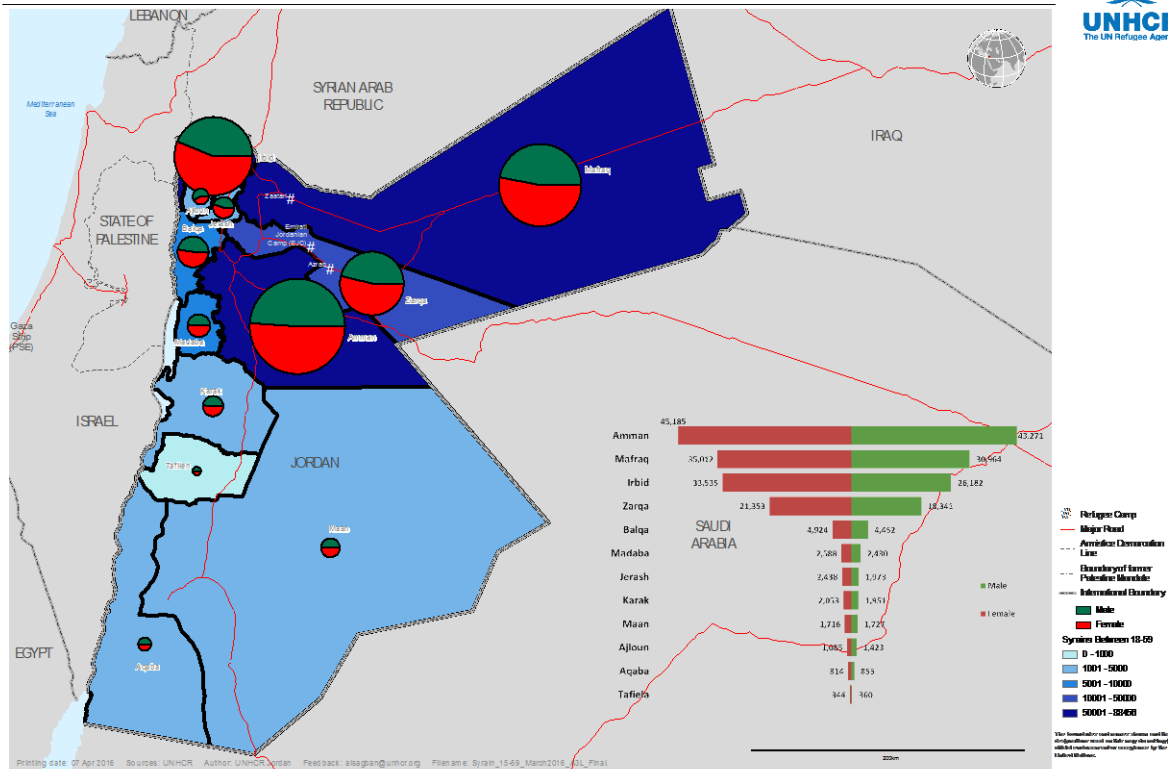
| | |
|---------------------------------------|---|
| Staats-/Regierungsform | Konstitutionelle Monarchie mit starken zentralen Vorrechten des Königs, Elemente parlamentarischer Demokratie |
| Transformation | Im Vergleich mit 129 Schwellen- und Entwicklungsländern (Bertelsmann Stiftung, Transformationsindex 2016): <ol style="list-style-type: none"> 1. Politische Transformation: 4,03 von 10 Punkten, Platz 88 von 129 („gemäßigte Autokratie“), vgl. mit Zimbabwe und Venezuela. 2. Wirtschaftliche Transformation: 6,14 von 10 Punkten, Platz 45 von 129 („Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten“), vgl. mit Indien und Jamaika. 3. Gute Regierungsführung: 4,68 von 10 Punkten, Platz 75 von 129 („schwaches Transformationsmanagement“), vgl. mit China und Ungarn. |
| Menschenrechte und Minderheitenschutz | Human Rights Watch, World Report 2016 – Jordanien <ul style="list-style-type: none"> • Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Kriminalisierung kritischer Äußerungen ggü. dem Königshaus, dem Islam u.v.m. • Weite Auslegung der im Jahr 2014 veränderten Antiterror-Gesetzgebung zur Verfolgung von Aktivisten und Journalisten. • Verbesserung der Versammlungsfreiheit, da seit 2011 keine offiziellen Genehmigungen für Demonstrationen eingeholt werden müssen. • Rechtliche Diskriminierung von Frauen: Verbot von Ehen muslimischer Frauen mit Nicht-Muslimen, Vererbung der Staatsbürgerschaft nur durch Männer, verringerte Strafen bei Verbrechen im Namen der Ehre. • Wiedereinführung der Todesstrafe im Jahr 2014 und mangelhafte Strafverfolgung bei Folterungen und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte. |
| Korruption | Transparency International, Corruption Perceptions Index 2015 Länderrang: 45 von 168 (niedriger = besser), vgl. mit Ruanda und Namibia. |
| Pressefreiheit | Rangliste der Pressefreiheit 2016 (Reporter ohne Grenzen): Status: Schwierige Lage Länderrang 135 von 180 (niedriger = besser), vgl. mit Kolumbien und Thailand. |
| Verhältnis zur Europäischen Union | Bisherige Integrationsschritte: Assoziierungsabkommen (seit 2002) Status der Beziehungen: Jordanien ist Teil der „Union for the Mediterranean“ (UfM) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Mit dem sogenannten „Advanced Status“ (seit 2010) verfügt Jordanien zudem über eine vertiefte Kooperationsgrundlage. Im Jahr 2014 schlossen die EU und Jordanien eine Mobilitätspartnerschaft, auch laufen Verhandlungen über eine „Deep and Comprehensive Free Trade Area“ (DCFTA). Im Zuge der Flüchtlingskrise gewährte die Europäische Kommission außerordentliche Unterstützungsleistungen in Höhe von bislang €637 Mio., davon €180 Mio. in Form von Krediten mit langer Laufzeit. Hinzu kommen weitere €500 Mio. über die Budgetlinie der ENP. Auf der Londoner Geberkonferenz im Februar 2016 versprach die EU dem Libanon und Jordanien zudem weitere Finanzhilfen in Höhe von rund €1 Mrd. im Zeitraum 2016-17. |

Lage der Flüchtlinge und Migranten in Jordanien

| | |
|---------------------------|--|
| Kategorisierung | Herkunfts-, Transit- und Zielland Jordanien ist weder Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention noch verfügt das Land über eine nationale Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung. |
| Als Herkunftsland | Rund 700.000 Jordanier (ca. 11%) leben nach UN-Schätzungen im Ausland |
| Als Transit- und Zielland | Rund 2,9 Mio. Migranten und Flüchtlinge leben in Jordanien, davon ca. 720.000 als UNHCR-registrierte Flüchtlinge. Nach Nationalitäten (gerundet): <ul style="list-style-type: none"> • 1,27 Mio. Syrer, davon 658.000 als registrierte Flüchtlinge • 636.000 Ägypter • 634.000 Palästinenser (ohne jordanische „National ID“) • 130.000 Iraker, davon 55.000 als registrierte Flüchtlinge • 31.000 Jemeniten, davon 4.000 als registrierte Flüchtlinge • 22.700 Libyer • 197.000 Andere |

Syrian Refugees in Jordan between 18-59 Years (Urban and Camp Based)

as of 31 March 2016



© UNHCR 2016/Registration – Syrian Refugees in Jordan between 18-59 Years (Urban and Camp Based) - 31/03/2016
<https://data.unhcr.org/syrianrefugees/download.php?id=10689>

Unterbringung von Flüchtlingen

Rund 20% der syrischen Flüchtlinge (142.000) leben verteilt auf zwei große Flüchtlingslager, Zaatari und Azraq, sowie drei wesentlich kleinere Camps, das Emirati Jordanian Camp, King Abdallah Park und Cyber City. Weitere geschätzt 77.000 Syrer verharren im improvisierten Zeltlager Rukban in der demilitarisierten Zone zwischen Syrien und Jordanien. Aus Sicherheitsgründen ließen die jordanischen Behörden bislang nur rund 300 Flüchtlinge pro Tag ins Land. Nach einem Selbstmordattentat der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Juni 2016 ist die Grenze nun vollständig abgeriegelt.

Rund 80% der syrischen Flüchtlinge (517.000) leben außerhalb der Camps, vor allem in Irbid nahe der syrischen Grenze und in der Hauptstadt Amman. Zumeist teilen sich 3-4 Familien eine Wohnung, wobei jede Familie durchschnittlich rund €125 Miete bezahlt. Die jordanischen Hauptmieter leisten sich vom Differenzbetrag bessere Wohnungen in anderen Stadtteilen.

Status der Flüchtlinge aus Syrien

Nach jordanischem Recht erhalten Flüchtlinge keinen entsprechenden Aufenthaltstitel und werden als „Gäste“ betrachtet. Die Genfer Flüchtlingskonvention wird nur insofern angewendet, als sie Gegenstand einer 1998 mit dem UNHCR geschlossenen Absichtserklärung ist. Flüchtlinge außerhalb der Camps können auf Basis ihrer Registrierung beim UNHCR eine „Service Card“ beim Innenministerium beantragen, die den Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen erlaubt. Schätzungsweise 160.000 Syrer haben dies aufgrund von Falschinformationen bislang nicht getan.

Da Jordanien bis vor Kurzem keine Arbeitsgenehmigungen für Flüchtlinge ausgestellt hat, arbeiten schätzungsweise 160.000-200.000 Syrer illegal, wobei sie durchschnittlich ca. €250 pro Monat verdienen. Sie arbeiten zumeist im Niedriglohn- und Agrarsektor, wo sie mit Gastarbeitern aus Ägypten und Asien konkurrieren.

Auf Druck der internationalen Geber und nachdem die EU eine temporäre Erleichterung der Ursprungsregeln jordanischer Güter in Aussicht gestellt hat, kündigte die Regierung an, 50.000 Arbeitsgenehmigungen auszustellen.

Die Gebühren für Unternehmer trägt vorerst der UNHCR. Eine 90-tägige Amnestie sollte Arbeitgeber zusätzlich ermuntern, bisher illegale Arbeitsverhältnisse zu legalisieren, was dazu beitrug, dass bis Juli 2016 rund 13.000 Arbeitsgenehmigungen beantragt wurden. Weiterhin leben aber schätzungsweise 90% der geflüchteten Syrer in urbaner Lage am Rande der nationalen Armutsgrenze und 85% von ihnen sind verschuldet.

Bislang werden rund 146.000 Kinder inner- und außerhalb der Camps beschult. Nach Angaben der EU-Delegation in Jordanien haben damit rund 70.000 Kinder weiterhin keinen Zugang zu Bildung. Größtes Hindernis ist nach Beobachtungen der Hilfsorganisation CARE die mangelnde finanzielle Absicherung der Flüchtlingsfamilien, die zur Kinderarbeit führt.

Auch das Thema Gesundheit ist problematisch. Wenngleich medizinische Einrichtungen Syrern offenstehen, hatte 2015 fast ein Drittel keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, zumeist aus finanziellen Gründen.

Auch wichtiges Thema unter den Flüchtlingen ist der Familiennachzug aus Syrien bzw. zu bereits nach Europa geflüchteten Angehörigen.

| | |
|--------------|--|
| Finanzierung | <p>Rund € 1,1 Mrd. veranschlagt die UN für ihre Aktivitäten im Rahmen der „Syria Regional Refugee Response“ in Jordanien für das Jahr 2016. Bislang wurden 29% der Gelder durch die internationale Gemeinschaft bereitgestellt. Deutschland ist nach den USA die größte Gebernation.</p> <p>Das World Food Programme erreicht rund 80% aller syrischen Flüchtlinge und kann sie je nach Bedürftigkeit mit monatlich €12,5 bzw. €25 unterstützen.</p> |
|--------------|--|

Jordanien und die syrische Flüchtlingskrise

Jordanien ist ein kleines Land, flächenmäßig etwas kleiner als Portugal und mit etwas weniger Einwohnern als Schweden. Das Königreich ist umgeben von mächtigen Nachbarn wie Israel, Ägypten und Saudi-Arabien. Zusätzlich wirken die ungelöste Palästinenserfrage, der Bürgerkrieg in Syrien und die Nähe zur Kampfzone des sogenannten „Islamischen Staats“ an der Grenze zum Irak destabilisierend.

In Jordanien leben rund 6,7 Millionen eigene Staatsbürger. Zusätzlich beherbergt das Land nach Angaben der Vereinten Nationen rund 660.000 syrische Flüchtlinge. Die jordanische Regierung dagegen spricht von 1,3 Millionen Syrern. Die Diskrepanz erklärt sich aus der Tatsache, dass de facto zwei Gruppen von Syrern in Jordanien leben:

1. Gastarbeiter und Unternehmer, die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung besitzen und in Jordanien schon vor Beginn des syrischen Bürgerkrieges 2011 wohnten.
2. Die eigentlichen Kriegsflüchtlinge, von denen beim UNHCR fast alle der rund 660.000 syrischen Flüchtlinge registriert sind. Diese Kriegs-

flüchtlinge hausen nicht in Zeltcamps wie im Libanon, sondern wohnen entweder in den fünf befestigten Lagern oder in Dörfern und Städten in der Grenzregion zu Syrien oder in den Armenvierteln von Ost-Amman in sogenannten „Syrian Quarters“. Diese syrischen Viertel entstehen, indem Jordanier aus ihren Wohnungen ausziehen, diese an drei oder vier syrische Familien für €125 pro Zimmer pro Monat untervermieten und für den hohen Mietertrag in besseren Vierteln ein neues Appartement beziehen.

Die soziale Not der syrischen Kriegsflüchtlinge in Jordanien ist nicht so krass wie im Libanon: Keiner muss Hunger leiden und die meisten haben ein festes Dach über dem Kopf. Dennoch: Fast 90 % befinden sich am Rande der nationalen Armutsgrenze, 85 % sind verschuldet, 75 % gehen – zumeist illegal – einer Arbeit nach und 35 % ihrer Kinder gehen nicht zur Schule.

So treiben die syrischen Kriegsflüchtlinge die Themen Bildung, Gesundheitsfürsorge, hohe Mieten, hohe Lebenshaltungskosten und schlecht bezahlte Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit um. Da es keine klare Antwort auf die Frage gibt, wann eine Rückkehr in die syrische Heimat möglich ist, ist der Wunsch nach Familienzusammenführung mit denen in Syrien verbliebenen bzw.

mit denen nach Europa geflüchteten Angehörigen groß. Viele der Flüchtlinge sind der Strapazen müde. Die meisten haben auch kein Geld mehr, um Schlepper zu bezahlen.

Der Gästestatus für die syrischen Kriegsflüchtlinge hält ihren Aufenthalt in Jordanien in einer Grauzone. Deshalb ist Legalisierung wichtig zum Schutz vor Abschiebung. Das UNHCR macht Werbung dafür, dass alle Kriegsflüchtlinge sich registrieren lassen, damit werde wenigstens ihr Flüchtlingsstatus bestätigt, und sie können vom Innenministerium eine Chipkarte erhalten, über die sie Unterstützungsleistungen beziehen können bzw. auch eine Arbeitsgenehmigung erhalten können. Denn die internationalen Geber konnten die jordanische Regierung davon überzeugen, wenigstens 50.000 Arbeitsgenehmigungen auszustellen. Der UNHCR erklärte sich bereit, die Kosten für die erstmalige Ausstellung der Erlaubnis zu übernehmen, und die jordanische Regierung erließ eine 90-tägige Amnestie, wonach Arbeitgeber straffrei ausgehen, wenn sie illegal beschäftigte Kriegsflüchtlinge anmelden. Doch nach Ablauf der Amnestieperiode Ende Juli hatte die Vereinbarung erst zur Beantragung von 13.000 Genehmigungen geführt.

Gestresst – Flüchtlinge und Einheimische

Von der Flüchtlingskrise gestresst fühlen sich die Jordanier, die wie die Flüchtlinge unter hohen Preisen und niedrigen Löhnen leiden und in Gemeinden leben, in denen sich viele Flüchtlinge aufhalten. Denn sie müssen sich dort die Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser teilen. So hat die Flüchtlingskrise die sozialen Spannungen in Jordanien vertieft.

Ein besonderes soziales Problem stellen die allein von syrischen Frauen geführten Familienhaushalte dar. Jede dritte Familie ist betroffen. Da die Männer in Syrien verblieben sind oder getötet wurden, müssen die weiblichen Haushaltsvorstände über Nachbarschaftshilfe hinaus versuchen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wer macht Reparaturen und wer bringt Geld nach Hause? Ein vorbildliches Projekt der GIZ ermöglicht, einen praktischen Beruf zu erlernen – wie den des Klempners. Damit soziale Spannungen mit den jordanischen Nachbarn abgebaut werden, hat die GIZ syrischen und jordanischen

Frauen diese Ausbildung ermöglicht, einige von ihnen haben bereits kleine Klempnereien gegründet. Andere Frauen möchten andere Handwerksberufe erlernen.

Internationale NGOs, wie CARE, unterhalten Sozialzentren, die Flüchtlingen Lebensberatung und Kriegstrauma-Bearbeitungshilfe anbieten. Damit Erwachsene, gerade Frauen, dieses Angebot annehmen, werden die Kinder parallel in einem Kindergarten betreut. Für diese Betreuung stellt die französische NGO „Bibliotheken ohne Grenzen“ Lese- und Lehrmaterial zur Verfügung.

Mit Unterstützung der Weltbank haben syrische Unternehmer in der Nähe der Flüchtlingslager in Nord-Jordanien Fabriken errichtet, die sowohl Lagerbewohner als auch Jordanier aus den umliegenden Dörfern Arbeit geben.

Flüchtlingserfahrung aber keine Integrationspolitik

Offizielle Arbeitsgenehmigungen, Aus- und Fortbildungsprogramme sowie von syrischen Unternehmern geschaffene Arbeitsplätze zeigen, dass in Jordanien über die Nothilfe hinaus schon bereits intensiv an nachhaltiger Lebensverbesserung für die syrischen Flüchtlinge gearbeitet wird. Kritiker befürchten, dass durch dieses Engagement permanente Strukturen entstehen, die letztlich dazu beitragen, dass die syrischen Flüchtlinge wie bereits die palästinensischen und irakischen in Jordanien auf Jahrzehnte bleiben.

Ein zweischneidiges Schwert: Zwar hat das Königreich große Erfahrung mit Flüchtlingen, betreibt aber keine aktive Integrationspolitik. Erstens schon nicht mit den palästinensischen Flüchtlingen, die seit den Kriegen mit Israel von 1948 und 1967 in Jordanien leben. Sie stellen heute sogar die Mehrheit der jordanischen Bevölkerung. Die meisten Palästinenser leben in Armenvierteln. Die Palästinenser, die in der jordanischen Gesellschaft reüssieren, dominieren die Wirtschaft, haben aber kaum Zugang zu den Schalthebeln der politischen Macht. Zweitens auch nicht mit den irakischen Flüchtlingen, die seit der amerikanischen Intervention des Irak von 2003 nach Jordanien gekommen sind – rund 130.000 –, die meisten von ihnen gut situiert. So wohnen viele Iraker in Amman und betreiben Geschäfte mit der Heimat.

Ohne Ressourcen – vielseitige internationale Hilfe

Mit den nun über 700.000 Kriegsflüchtlingen kommt das kleine Jordanien an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Das Land ist ohne natürliche Ressourcen und die zusätzlichen Einwohner steigern den Verbrauch an Wasser, Land, Energie und Infrastruktur. Da vom Balkan bis zur Türkei alle Staaten die Grenzen dichtmachen und Visazwang einführen, hat auch Jordanien seine Grenze zu Syrien geschlossen, will keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. So stauen sich im Niemandsland nach UN-Angaben bis zu 80.000 syrische Schutzbedürftige, die in sehr großer Not sind.

Belastet ist auch die Wirtschaft des kleinen Nahost-Landes. Die Zahl der Übernachtungen von Touristen sind stark rückläufig, Investitionen sind rar, Handelswege blockiert, fast keine Bodenschätze vorhanden, die Wasserversorgung ein fortwährendes Problem. Dementsprechend ist die soziale Lage für die meisten Jordanier ohnehin angespannt: 85 % der Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze, die meisten Löhne sind zu niedrig, rund eine Million Jordanier sind arbeitslos – aber gleichzeitig wurden eine Million Gastarbeiter für Jobs im Niedriglohnssektor ins Land geholt.

Geberländer und Organisationen, allen voran die EU, unterstützen die in Jordanien agierenden internationalen Institutionen sowie die jordanische Regierung mit hohen Finanzbeträgen. Für 2016 werden über €1 Milliarde nach Amman überwiesen. Jordanien hat eine lange Tradition, Hilfsgelder zu absorbieren und ein Händchen dafür entwickelt, ausländisches Geld und Projekte leicht zu akquirieren. Neben der Nothilfe laufen bereits Projektinitiativen zur nachhaltigen Entwicklung. Wichtig ist, zum Beispiel durch praktische Aus- und Fortbildungsprojekte Syrer, Jordanier und Jordanier mit palästinensischen Wurzeln gleichermaßen zu erreichen.

Die Geber mögen mehr noch darauf achten, dass ihre Finanzhilfen auch umfassend die Gemeinden erreicht, deren Infrastruktur besonders von dem Flüchtlingsandrang belastet ist.

Damit auch die verbliebenen rund 35 % nicht beschulten Kinder die Schulbank drücken, kann ein

Programm „Cash for Education“ arme und geflüchtete Familien drängen, ihre Kinder statt zur Arbeit in die Schule zu schicken.

Das Dilemma der Hilfe: Reformresistenz

Nicht nur die Flüchtlingskrise und der syrische Bürgerkrieg sind eine Belastung für Jordanien, sondern auch die ungelöste Palästinenser-Frage und die Kampfzone zum sogenannten „Islamischen Staat“ an der Grenze zum Irak. Mit Blick auf die Stabilität des kleinen Nahost-Staates, die Sicherheit Israels und das Management der syrischen Flüchtlingskrise setzt der Westen alle Mittel ein, um den Status quo in Jordanien zu halten.

Die Kehrseite der kurzfristigen Stabilisierung des Status quo: Soziale, ökonomische und politische Reformen bleiben aus, die für eine nachhaltige Stabilisierung notwendig wären.

Der kurzfristige Status quo hängt mehr und mehr davon ab, dass kontinuierlich ausländische Hilfsgelder ins Land fließen. Nur was ist, wenn in naher Zukunft, die Flüchtlingskrise nicht mehr die dominante Rolle spielt und sich sogenannte „Donor Fatigue“ breitmacht? Für diesen Fall müssen Jordaniens Wirtschaft und Gesellschaft stärker auf eigenen Füßen stehen, d.h. durch Pluralisierung und Dynamisierung mehr eigenes Steueraufkommen generieren und Arbeitsplätze schaffen. Für diese Modernisierung sind dringend ökonomische Reformen notwendig. Reformen, die zurzeit noch der Palast und die reiche Elite blockieren bzw. vertagen.

Trotzdem promotet die EU-Kommission richtigerweise Projekte, die das Unternehmens- und Investitionsklima sowie die Rechtsstaatlichkeit verbessern sollen. Denn folgendes Beispiel soll vermieden werden: Mit der Produktion von Internet-Content in arabischer Sprache hat Jordaniens IT-Wirtschaft sich eine Marktnische erarbeitet. Ein ökonomischer Zweig mit Potential. Doch nun wandern diverse IT-Firmen nach Dubai ab, weil sie der Gängelung der Bürokratie und der Korruption überdrüssig sind.

Diese EU-Projekte brauchen neben Geld und Expertise politische Überzeugungskraft aus

Brüssel und den Hauptstädten, die die jordanische Führung dazu verpflichten, Reformvorhaben auch umzusetzen.

Wirtschaftlich am meisten kann die EU helfen, wenn sie ihre Märkte für mehr jordanische Produkte öffnet. Damit schafft Brüssel auch Reformanreize.

Europäische Hilfe ist sinnvoll und notwendig angesichts der Lage in Jordanien. Doch Hilfe für Jordanien darf nicht dazu führen, dass der Westen negative Entwicklungen nicht mehr thematisiert. Ein bedauerliches Beispiel: Der Palast schränkt die Freiheiten der Bürger, der Zivilgesellschaft und des Parlamentes ein. Der Sicherheitsapparat wird gestärkt. Doch der notwendige Schutz vor Terror darf nicht auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit und Pluralität gehen. Denn Stabilität und Sicherheit werden auch durch legale Freiräume für Zivilgesellschaft, Unternehmertum und politisches Engagement erreicht.

Frust und Perspektivlosigkeit

Frust und Perspektivlosigkeit drückt sich an der Wahlurne aus: Bei den Lokalwahlen 2013 in Amman haben nur rund 11 % der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht genutzt. Dass Jordanien Potential hat gegenzusteuern, zeigt ein Projekt wie „Leaders of Tomorrow“, das mit Hilfe von Onlinedebatten und öffentlichen Bürgerforen freie Gesprächsräume organisiert. Diese Engagierten setzen einen Anti-Frust-Trend gerade für Jugendliche, die in Jordanien die Mehrheit der Gesellschaft bilden und besonders über mangelnde bezahlbare Bildungschancen klagen.

Frust und Perspektivlosigkeit treiben auch Jugendliche zum „Islamischen Staat“: Der „IS“ verspricht „geregeltes Einkommen“ und „sinnvolle Aufgaben“. Mehr als 2000 junge Jordanier sollen für den „IS“ kämpfen. Jordanien selbst kämpft an Seiten der Internationalen Anti-IS-Koalition. Experten sind sehr besorgt über die Zunahme der Macht der Religion in der Politik und Gesellschaft im gesamten Nahen Osten. Sie empfehlen Säkularität und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Vielleicht können auch Recht und soziale Gerechtigkeit dazu beitragen, ein Mehr an nationaler Identität in Jordanien zu stiften, etwas, womit sich das Land sehr schwer tut.

Die Gründe: Jordanien ist ein junger Staat mit künstlichen Grenzen, einer mehrheitlich palästinensischen Bevölkerung, einer jordanisch-beduinischen Urbevölkerung, irakischen und syrischen Flüchtlingen und einem Königshaus, das aus Saudi-Arabien vertrieben und von den Briten in Transjordanien als Regenten eingesetzt wurde.

Da mehr als die Hälfte der jordanischen Bevölkerung Bürger mit palästinensischen Wurzeln sind und unter ihnen Frust und Perspektivlosigkeit groß sind, braucht Jordanien für seine Stabilität auch eine Beruhigung der Palästina-Frage. Palast und Regierung drängen seit langem auf eine Zwei-Staaten-Lösung. Die Beendigung des Israel-Palästina-Konfliktes muss wieder Priorität bei der internationalen Vermittlungsarbeit haben. Die aktuellen Bemühungen der französischen Diplomatie brauchen auch eine politische Revitalisierung der Arabischen Friedensinitiative durch Regierungen arabischer Länder wie Jordanien.

Die Situation in Jordanien ist beunruhigend

Kurzfristig stabilisierend wirken die internationale Finanzhilfe, die enge Sicherheitskooperation mit dem Westen und Israel, die Ängste der Menschen vor Chaos und Krieg, das hohe status-quo Interesse von Palast und Elite sowie einflussreicher Palästinenser und Iraker, die Jordanien als Transit / Hub nutzen für Geschäfte und Verwandtenbesuche in die Westbank / Ost-Jerusalem und in den Irak.

Nachhaltige Stabilität für Jordanien ist aber erst gesichert, wenn politische und soziale Teilhabe gestärkt, der Syrienkrieg beendet, der Israel-Palästina-Konflikt gelöst, eine aktive Integrationspolitik betrieben und weniger politischer Islam gespielt wird.

Auch gilt es, den sich selbst erhaltenen Kreislauf aus immer neuen Hilfgeldern und dem daraus resultierenden Reformstau zu stoppen. Denn nachhaltig ist diese Strategie nicht.

Quellen und weiterführende Literatur:

- Al Monitor, [Why Jordan's plan to integrate Syrian refugees into workforce has faltered](#) (5. Juli 2016)
- Bertelsmann Stiftung, [BTI 2016 – Jordan Country Report](#) (2016)
- CARE Jordan, Factsheet: Syrian refugees outside Jordan's camps (Juni 2015)
- CIA, The World Factbook: [Jordan](#) (2016)
- Eigene Recherchen in Amman und Irbid, Jordanien (14.-18.6.2016)
- Europäische Kommission – DG TRADE, [Jordan – Trade Statistics](#) (Juni 2016)
- Europäische Kommission – ECHO, [Jordan: Syria Crisis](#) (ECHO Factsheet) (Juni 2016)
- Europäische Kommission – ECHO, [ECHO Daily Map: Jordan – Syrian Refugees](#) (28. Juni 2016)
- Europäische Kommission, [Managing the Refugee Crisis – EU Support to Jordan](#) (März 2016)
- Fischer Weltamanach, [Länderübersicht Jordanien](#) (2015)
- GIZ, Projektbesuch „Water-Wise-Plumbers“ (17.6.2016)
- Haschemitisches Königreich Jordanien, [Department of Statistics](#), diverse Statistiken (Juli 2016)
- Human Rights Watch, [World Report 2016 – Jordan](#) (2016)
- The Jordan Times, [Population stands at around 9.5 million, including 2.9 million guests](#) (30. Januar 2016)
- The Jordan Times, [Remittances rise 1.5 per cent in 2015](#) (24. Januar 2016)
- Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsbüro Jordanien, [Syrische Flüchtlinge in Jordanien](#) (Oktober 2015)
- Leaders of Tomorrow, Projektbesuch (15.6.2016)
- Library of Congress, [Refugee Law and Policy: Jordan](#) (21. Juni 2016)
- Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch, [Jordanien - gesamt](#) (Juli 2016)
- Reporter ohne Grenzen, [Rangliste der Pressefreiheit 2016](#) (2016)
- Transparency International, [Corruption Perceptions Index](#) (2015)
- UNCTAD, [Country fact sheet: Jordan](#) (Juni 2016)
- UNHCR, [Jordan: UNHCR Operational Update](#) (Mai 2016)
- UNHCR, [Syria Regional Refugee Response – Inter-agency Information Sharing Portal](#) (Juli 2016)
- Weltbank, [World Bank Open Data](#) (Juli 2016)
- World Food Programme (WFP), [Jordan Country Brief](#) (Mai 2016)

Titelbild:

Shutterstock/sevenMaps7

Adresse | Kontakt

Christian-P. Hanelt
 Senior Expert „Europe and the Middle East“
 Programm Europas Zukunft
 Bertelsmann Stiftung
 Telefon 0049-5241-8181187
 Fax 0049-5241-81681187
 Christian.Hanelt@bertelsmann-stiftung.de
 www.bertelsmann-stiftung.de

Tim Lewis Poppenborg
 Telefon 0049-176 61274421
 TimPoppenborg@gmail.com